



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-i-: Wiener Brief

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Wiener Brief



riedrich der Große hat nicht nur seinem Staate, sondern auch seiner Zeit den Stempel aufgedrückt; die letzten Jahre seiner Regierung waren trotzdem mit gewissen Alterserscheinungen belastet. Man kann Franz Josef den Ersten nicht mit Friedrich den Großen vergleichen; die eigenartige Struktur des österreichischen Staates bringt es aber mit sich, daß auch die konstitutionelle Ara und die weitgehendsten Errungenschaften der Demokratie, mit denen insbesondere Österreich beglückt ist, den Einfluß des Monarchen auf die Staatsgeschäfte keineswegs gemindert haben. In der Donaumonarchie wohnen die demokratischsten Einrichtungen und der rückständigste Absolutismus gewissermaßen dicht beisammen. Nicht nur der Form nach, sondern auch tatsächlich ruht die Entscheidung über die folgenschwersten Entschlüsse beim Monarchen. Und da lassen sich in der letzten Zeit die Rückwirkungen seines hohen Alters wohl nachweisen. Seit dem Jahre 1871 kennzeichnet die Politik Franz Josefs, der früher jähe Entschlüsse nicht fremd waren, etwas Zögerndes, Zastendes. Er hatte mit raschen Entscheidungen zu üble Erfahrungen gemacht. So wurden denn jetzt Übergänge nur allmählich vollzogen, wichtige Maßregeln auf die lange Bank geschoben; und um alle Hindernisse ist man lieber herumgeritten, als sie mit einem Sprunge zu nehmen.

Zögernd hat der Kaiser denn auch in den letzten Jahren dem Thronfolger einen gewissen Einfluß auf die Geschäfte eingeräumt; er hört ihn wenigstens vor wichtigen Entschlüssen insbesondere auf militärischem Gebiet. Hier tritt ihm nun eine unverbrauchte Kraft entgegen, die nach Betätigung drängt und radikalen Lösungen sehr geneigt ist. Da aber der Kaiser die Entscheidung doch nicht aus der Hand gibt, so ist das Ergebnis dann noch in höherem Maße das Verlaufen der Mühlgänge. In dieser Beziehung ist der Verlauf der Krise im Kriegsministerium besonders typisch. Der Kriegsminister Baron Schönauich sucht die dringend nötige Verstärkung der Wehrmacht durchzuführen; in der Tat ist seit fast einem Vierteljahrhundert infolge der politischen Schwierigkeiten für die Armee und für die Flotte wenig oder nichts geschehen; die Friedensstärke der Kompagnien beträgt bei der Infanterie gegenwärtig infolge vieler Abkommandierungen zu neuen Formationen, für die keine erhöhte Rekrutenzahl bewilligt wurden, durchschnittlich vierzig Mann! Nun hat Schönauich die Bewilligung sehr erheblicher Mehrforderungen für Heer und Flotte bei den Delegationen durchgesetzt; das erhöhte Rekrutenkontingent und was damit zusammenhängt, können aber nur die beiderseitigen Parlamente bewilligen. Um diese Bewilligungen nun durchzusetzen, mußte für jedes Parlament die bittere Pille der militärischen Bewilligungen mit einer Zuckerhülle umgeben werden: für Ungarn die Erfüllung der bekannten nationalen Forderungen, die durch Zusagen des Kaisers an den Grafen Tisza im sogenannten Reunerprogramm einigermaßen festgelegt waren, für Österreich die zweijährige Dienstzeit und die Reform des Militärstrafprozesses, die übrigens auch für Ungarn die den Magyaren wichtigsten Zugeständnisse in bezug auf ihr nationales Programm enthält.

Was nun dabei herauskam, mag ja vom rein militärischen Gesichtspunkt wie ein übler Wechselbalg aussehen; die einen sagen, das unerfreuliche Äußere enthalte den wertvollen Kern des für das Heer unbedingt Nötigen; die anderen be-

hauften, das Erreichte lohne die Opfer nicht, die man dafür gebracht habe. Anscheinend stand der Thronfolger auf dem letzteren Standpunkt; jedenfalls war der Kriegsminister seit dem Zeitpunkt, wo der Inhalt dieser Wehrvorlagen entschieden war, bei ihm in tiefster Ungnade. Darüber, daß er mit dem Inhalt dieser Vorlagen nicht einverstanden war, konnte nicht gut ein Zweifel herrschen. Nun gab es natürlich zwei Wege: entweder der Monarch entschied sich für den Standpunkt des Thronfolgers — und dann mußte Baron Schönauich gehen, bevor die Wehrvorlagen das Licht der Öffentlichkeit erblickten; oder er entschied sich für die Anschauungen seines Kriegsministers — und dann mußte dieser auch gegen den Willen des Thronfolgers solange in seinem Amte bleiben, bis die Wehrvorlagen Gesetz geworden waren. Letzteres war natürlich kein erquicklicher Zustand; aber da er doch nicht ewig zu dauern brauchte, konnte man sich wohl darauf einrichten. Nun trat aber gerade das ein, was nicht kommen durfte: zuerst entschied sich der Monarch für den Kriegsminister und dann wurde dieser, noch bevor die Wehrvorlagen in einem der beiden Parlamente angenommen sind, entlassen. Nach wochenlangem Schwanken wird schließlich der Kandidat des Thronfolgers, General v. Nuffenberg, zum Minister ernannt. In militärischen Kreisen ist natürlich längst bekannt, daß er ein Gegner der Wehrreform in ihrer jetzigen Gestalt ist, insbesondere ein Gegner der zweijährigen Dienstzeit; nun wird er zwar — KonzeSSION an den Thronfolger — Minister, aber gleichzeitig muß er die Wehrvorlagen als Erbschaft von seinem Vorgänger, so wie sie sind, übernehmen. Alles das sind öffentliche Geheimnisse, und so kommt der neue Kriegsminister sogleich unter Kreuzfeuer. Er wäre nicht der erste, der sich in solcher Lage die Gunst des Kaisers wie des Thronfolgers gleichzeitig verscherzt hätte.

Auch in anderer Weise tut sich in der inneren Politik Oesterreichs eine gewisse Unsicherheit bei der höchsten Stelle kund. Baron Bienerth mußte seine Stellung der Wiener Wahlen wegen aufgeben, wegen eines politischen Ereignisses, das nur gewisse Gefühlswerte berührte, aber keineswegs ein neues politisches Faktum von Bedeutung schuf. Daß er selbst mit dem größten Vergnügen ging, tut wenig zur Sache. An seine Stelle tritt Baron Gautsch; nicht etwa, weil er ein bestimmtes politisches Programm verkörpert oder weil er gegenüber Baron Bienerth etwas grundsätzlich Neues brächte, Grundsätze anderer Art als sein Vorgänger. Nein, er ist, was er in einer langen, an äußeren Ehren und Erfolgen nicht armen Laufbahn zur Genüge bewiesen hat, ein treuer Diener seines Herrn, jederzeit bereit, sich ihm zur Verfügung zu stellen. Er tut auch jetzt sein Bestes; aber die Grenzen seiner Fähigkeiten sind bekannt, er verfügt über alle Register lebenswürdiger Überredung, erweckt Hoffnungen, verspricht dem einen und dem anderen, um, wenn er an die Erfüllung gemahnt wird, entweder nichts zu halten oder auf der einen Seite so viel zu verlieren als er auf der anderen gewinnt. So lebt Baron Gautsch heute noch in bezug auf die allernächste Zukunft nur von Hoffnungen, deren brüchige Unterlagen ohne weiteres zu erkennen sind. Die Tschechen sind durch den Rücktritt Bienerths wieder üppiger geworden, und die Deutschen haben infolge ihrer Erfolge bei den letzten Wahlen jedenfalls keinen Anlaß, zurückzustechen. So kann man fast mit Sicherheit sagen, daß auch die jetzigen Ausgleichsverhandlungen in Prag sich nur darum drehen, daß jede Partei dem Gegner das Obium der Unversöhnlichkeit zuschieben möchte. Und wenn man

Leute fragt, die es wirklich wissen könnten und müßten, was Baron Gautsch für Pläne hat, wenn die Ausgleichsverhandlungen scheitern sollten, so erhält man die sehr bestimmt klingende Antwort: überhaupt keine. Und jeder, der Gautsch als Politiker kennt, wird es gerne glauben.

Inzwischen vergeht wieder kostbare Zeit; alles wird hinausgeschoben. Die nächsten Monate werden ganz der Agitation wegen der Teuerung gehören und der Weizen der Sozialdemokraten blüht. Die Regierung wird weder etwas Energisches gegen die Teuerung tun, noch wird sie die Agitation energisch in ihre Grenzen zurückweisen können. Ungeheure Redeströme werden sich im Parlament über den Gegenstand ergießen, da natürlich auch die bürgerlichen Parteien nicht hinter den Sozialdemokraten zurückbleiben wollen. Nach einigen Monaten wird das Ministerium Gautsch abgewirtschaftet haben und man erörtert schon — übrigens seit dem Augenblick, wo Gautsch das Ministerium übernahm — die Frage der Nachfolgerschaft. Der frühere Finanzminister Bilinski scheint die meisten Aussichten zu haben: Pole, ein bißchen „verwienert“ (eine besondere Spielart der Germanisation), ebenso klug wie frivol. Er ist natürlich auch nicht der Mann, Österreichs Schäden zu heilen, weil die Frivolität doch schließlich nicht den Mut der eigenen Meinung ersetzen kann (obwohl sie manchmal damit eine äußere Ähnlichkeit hat). Es heißt, daß der Thronfolger mit der Rückkehr Bienerths rechne, wogegen dieser sich freilich selbst am meisten sträuben würde. Aber Bienerth hat nur eine Eigenschaft, die ein Staatsmann wohl brauchen kann: gute Nerven; und die brachten es immerhin mit sich, daß er sich wenigstens nicht vor seinem eigenen Schatten gefürchtet hat. Zwei Dinge haben ihm aber gleichermaßen gefehlt: das „heilige Feuer“ der Schaffensfreudigkeit und, als Voraussetzung dazu, der Gedankenreichtum, der dieses heilige Feuer erst entzündet.

Bis auf weiteres bedeuten Namen in der österreichischen Politik nichts; man kann höchstens bedauern, wenn Leute, die noch Pulver zu verschießen haben, sich unnütz verbrauchen.

— i —



Das Glück des Hauses Rottland

Roman

Von Julius R. Haarhaus

IV.

In diesem Jahre hielt der Freiherr v. Friemersheim darauf, daß der Sommerweizen, wie es eine alte Bauernregel fordert, in der Marterwoche gesät wurde. Und dabei fiel das Osterfest erst auf den 23. April. Früher hatte er immer nur gelacht, wenn ihn der alte Gerhard bei der Frühjahrssbestellung an die bewährte Regel erinnert hatte, aber diesmal meinte er selbst, er müsse doch einmal versuchen, ob was Wahres daran sei, und da er ja nicht viel Dünger zu verschwenden habe, so wolle er dem Weizen wenigstens den Segen zugute kommen